

EBA/GL/2025/05

22.12.2025

Leitlinien

zur Änderung der Leitlinien EBA/GL/2022/04 zur Gleichwertigkeit
von Geheimhaltungsvorschriften

1. Einhaltung der Leitlinien und Meldepflichten

Status dieser Leitlinien

1. Das vorliegende Dokument enthält Leitlinien, die gemäß Artikel 16 der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010¹ herausgegeben wurden. Gemäß Artikel 16 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 müssen die zuständigen Behörden und Finanzinstitute alle erforderlichen Anstrengungen unternehmen, um diesen Leitlinien nachzukommen.
2. Leitlinien legen fest, was nach Ansicht der EBA angemessene Aufsichtspraktiken innerhalb des Europäischen Finanzaufsichtssystems sind oder wie das Unionsrecht in einem bestimmten Bereich anzuwenden ist. Zuständige Behörden im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 sollten die für sie geltenden Leitlinien in geeigneter Weise in ihre Aufsichtspraktiken integrieren (z. B. durch Änderung ihres Rechtsrahmens oder ihrer Aufsichtsverfahren), und zwar einschließlich der Leitlinien, die in erster Linie an Institute gerichtet sind.

Meldepflichten

3. Nach Artikel 16 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 müssen die zuständigen Behörden der EBA bis zum 04.05.2026 mitteilen, ob sie diesen Leitlinien nachkommen oder nachzukommen beabsichtigen, oder die Gründe nennen, warum sie dies nicht tun. Geht innerhalb der genannten Frist keine Meldung ein, geht die EBA davon aus, dass die zuständigen Behörden den Anforderungen nicht nachkommen. Die Meldungen sind unter Verwendung des auf der Website der EBA abrufbaren Formulars mit dem Betreff „EBA/GL/2025/05“ zu übermitteln. Die Meldungen sollten durch Personen erfolgen, die befugt sind, entsprechende Meldungen im Auftrag ihrer zuständigen Behörde zu übermitteln. Jegliche Änderungen des Status der Einhaltung müssen der EBA ebenfalls gemeldet werden.
4. Die Meldungen werden gemäß Artikel 16 Absatz 3 auf der EBA-Website veröffentlicht.

¹ Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/78/EG der Kommission (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 12, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2010/1093/oj>).

2. Adressaten

5. Diese Leitlinien richten sich an i) zuständige Behörden im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 und an ii) zuständige Behörden im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Nummer 35 der Verordnung (EU) 2023/1114².

3. Umsetzung

Geltungsbeginn

6. Diese Leitlinien gelten ab dem 04.05.2026.

² Verordnung (EU) 2023/1114 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über Märkte für Kryptowerte und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 1095/2010 sowie der Richtlinien 2013/36/EU und (EU) 2019/1937 (ABl. L 150 vom 9.6.2023, S. 40, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2023/1114/oj>).

4. Änderungen

7. Die Leitlinie EBA/GL/2022/04 wird wie folgt geändert:

8. Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(5) Diese Leitlinien betreffen die von den zuständigen Behörden durchzuführende Bewertung, ob die für die im Anhang aufgeführten Drittlandsbehörden geltenden Vorschriften in Bezug auf die Geheimhaltung und das Berufsgeheimnis den Bedingungen entsprechen, die in Titel VII Kapitel 1 Abschnitt II der Richtlinie 2013/36/EU³, in Artikel 24 der Richtlinie (EU) 2015/2366⁴, in Kapitel VI Abschnitt 3 Unterabschnitt IIIa der Richtlinie

³ Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 338, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2013/36/oj>).

⁴ Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt, zur Änderung der Richtlinien 2002/65/EG, 2009/110/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2007/64/EG (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 35, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2015/2366/oj>).

(EU) 2015/849⁵, in den Artikeln 84 und 98 der Richtlinie 2014/59/EU⁶ und in Artikel 100 der Verordnung (EU) 2023/1114⁷ festgelegt sind.“

9. Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(6) Diese Leitlinien gelten für die von den zuständigen Behörden durchzuführende Bewertung der Gleichwertigkeit der Geheimhaltungsvorschriften, welche die im Anhang aufgeführten Aufsichtsbehörden von Drittländern für folgende Zwecke einhalten müssen:

- a. zum Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit der Drittlandsbehörde gemäß Artikel 55 der Richtlinie 2013/36/EU und Artikel 107 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2023/1114 sowie für die Zwecke von Artikel 24 der Richtlinie (EU) 2015/2366 und Artikel 57a Absatz 5 der Richtlinie (EU) 2015/849 oder gemäß Artikel 97 und Artikel 98 Absatz 1 der Richtlinie 2014/59/EU und
- b. zur Ermöglichung der Teilnahme der Drittlandsbehörde an Aufsichts- und Abwicklungskollegien gemäß Artikel 116 Absatz 6 der Richtlinie 2013/36/EU und den Artikeln 88 und 89 der Richtlinie 2014/59/EU sowie an Kollegien zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung gemäß Kapitel VI Abschnitt 3 Unterabschnitt IIIa der Richtlinie (EU) 2015/849 und den Leitlinien für Kollegien zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung⁸.“

⁵ Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2006/70/EG der Kommission (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 73, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2015/849/oj>).

⁶ Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 190, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2014/59/oj>).

⁷ Verordnung (EU) 2023/1114 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über Märkte für Kryptowerte und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 1095/2010 sowie der Richtlinien 2013/36/EU und (EU) 2019/1937 (ABl. L 150 vom 9.6.2023, S. 40, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2023/1114/oj>).

⁸ Gemeinsame Leitlinien für die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch im Sinne der Richtlinie (EU) 2015/849 zwischen den für die Beaufsichtigung der Kredit- und Finanzinstitute zuständigen Behörden

10. Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(7) Diese Leitlinien richten sich an i) zuständige Behörden im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 und an ii) zuständige Behörden im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Nummer 35 der Verordnung (EU) 2023/1114.“

11. Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(8) Sofern nicht anders angegeben, kommt den in der Richtlinie 2013/36/EU, der Richtlinie (EU) 2015/2366, der Richtlinie 2014/59/EU, der Richtlinie (EU) 2015/849 und der Durchführungsverordnung (EU) 2023/1114 verwendeten und definierten Begriffen in den vorliegenden Leitlinien dieselbe Bedeutung zu.“

12. Die Absätze 6 und 7 werden in Absätze 9 und 10 umnummeriert.

13. Absatz 9 erhält folgende Fassung:

„(9) Für die Zwecke der Anwendung von Artikel 55 der Richtlinie 2013/36/EU sowie gemäß Artikel 24 der Richtlinie (EU) 2015/2366 und Artikel 57a Absatz 5 der Richtlinie (EU) 2015/849, Artikel 97 und Artikel 98 Absatz 1 der Richtlinie 2014/59/EU, Artikel 116 Absatz 6 der CRD und den Artikeln 88 und 89 der Richtlinie 2014/59/EU, den Leitlinien für Kollegien zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und Artikel 107 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2023/1114 sollten die zuständigen Behörden gegebenenfalls je nach den Zuständigkeiten der Drittlandsbehörde prüfen, ob die Vorschriften der im Anhang genannten Drittlandsbehörden zur Wahrung des Berufsgeheimnisses und zur Geheimhaltung als gleichwertig mit den Bestimmungen zu betrachten sind, die in folgenden Rechtsakten festgelegt sind:

- a. Titel VII, Kapitel 1, Abschnitt II der Richtlinie 2013/36/EU,
- b. Artikel 24 der Richtlinie (EU) 2015/2366,
- c. Artikel 84 und 98 der Richtlinie 2014/59/EU,
- d. Kapitel VI, Abschnitt 3, Unterabschnitt IIIa der Richtlinie (EU) 2015/849,
- e. Artikel 100 der Verordnung (EU) 2023/1114.“

14. Der Anhang wird wie folgt geändert:

a. Die Fußnote 12 erhält folgende Fassung:

„In dieser Spalte wird angegeben, ob die für eine Drittlandsbehörde geltenden Vorschriften hinsichtlich der einschlägigen Bestimmungen der Richtlinie 2013/36/EU (1),

[\(Leitlinien für Kollegien zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung\) vom 16. Dezember 2019 \(JC 2019 81\).](#)

der Richtlinie (EU) 2015/2366 (2), der Richtlinie (EU) 2015/849 (3), der Richtlinie 2014/59/EU (4) sowie der Verordnung (EU) 2023/1114 (5) bewertet wurden.“

b. Die folgende Tabelle wird nach der Tabelle betreffend die australische Aufsichtsbehörde (Australian Prudential Regulation Authority) eingefügt:

BEWERTETE BEHÖRDE	<u>UMFANG DER BEWERTUNG</u>	<u>GRUNDSATZ 1 KONZEPT DER VERTRAULICHEN INFORMATIONEN</u>	<u>GRUNDSATZ 2 BERUFLICHE GEHEIMHALTUNGS- PFLICHT</u>	<u>GRUNDSATZ 3 VERWENDUNG VERTRAULICHER INFORMATIONEN</u>	<u>GRUNDSATZ 4 BESCHRÄNKUNGEN FÜR DIE WEITERGABE VERTRAULICHER INFORMATIONEN</u>	<u>ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN SANKTIONEN BEI VERSTÖßEN GEGEN PFLICHTEN</u>	<u>GESAMTBEWERTUNG</u>
AUSTRALIEN Australian Transaction Reports and Analysis Centre (AUSTRAC) https://www.austrac.gov.au/	(3)	Teil 1 Artikel 5 und Teil 11 Artikel 212 des Gesetzes zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AML/CTF-Gesetz) von 2006	Teil 11 Artikel 121, 184 und 224 des AML-Gesetzes	Teil 11, Artikel 125 bis 129, Artikel 134 und Artikel 212 Absatz 3 des AML-Gesetzes	Teil 11 des AML-Gesetzes	Teil 11, Artikel 121 und Teil 15, Artikel 198 des AML-Gesetzes Artikel 15 des australischen Verhaltenskodex für den öffentlichen Dienst (Artikel 13 des Gesetzes über den öffentlichen Dienst von 1999)	Gleichwertig

c. Die Tabelle betreffend die chinesische Aufsichtsbehörde für Banken und Versicherungen erhält folgende Fassung:

BEWERTETE BEHÖRDE	<u>UMFANG DER BEWERTUNG</u>	<u>GRUNDSATZ 1 KONZEPT DER VERTRAULICHEN INFORMATIONEN</u>	<u>GRUNDSATZ 2 BERUFSGEHEIMNIS</u>	<u>GRUNDSATZ 3 VERWENDUNG VERTRAULICHER INFORMATIONEN</u>	<u>GRUNDSATZ 4 BESCHRÄNKUNGEN FÜR DIE WEITERGABE VERTRAULICHER INFORMATIONEN</u>	<u>ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN SANKTIONEN BEI VERSTÖßEN GEGEN PFLICHTEN</u>	<u>Gesamtbewertung</u>

CHINA National Financial Regulatory Administration (NFRA)	(1) (4)	Verwaltungsvorschriften zum Berufsgeheimnis und zur Geheimhaltung (ARPSC), Kapitel 10 Beamtenengesetz der Volksrepublik China (CSL, Verordnung des Präsidenten der VR China, 2003)	Artikel 11 des Gesetzes der Volksrepublik China über die Bankenregulierung und -aufsicht (LBRS, Verordnung des Präsidenten der VR China, 2006) Artikel 14 und Artikel 59 des Beamtengesetzes der Volksrepublik China (CSL) Artikel 63, Kapitel 10 und Artikel 32 der Verwaltungsvorschriften zum Berufsgeheimnis und zur Geheimhaltung (ARPSC) Vorläufige Maßnahmen der nationalen Finanzaufsicht NFRA zur Verwaltung von entsandtem Personal	Artikel 11 des Gesetzes über die Bankenregulierung und -aufsicht (LBRS) Artikel 59 der Verwaltungsvorschriften zum Berufsgeheimnis und zur Geheimhaltung (ARPSC)	Artikel 14 und 15 der Verordnung der Volksrepublik China über die Weitergabe von Regierungsinformationen (RDGI, herausgegeben vom Staatsrat im Jahr 2007) Artikel 63, Artikel 77 der Verwaltungsvorschriften zum Berufsgeheimnis und zur Geheimhaltung (ARPSC) Artikel 6, 11 und 14 des Gesetzes über die Bankenregulierung und -aufsicht (LBRS) Beamtenengesetz der Volksrepublik China (CSL, 2018)	Artikel 43 des Gesetzes über die Bankenregulierung und -aufsicht (LBRS) Artikel 77 und 78 der Verwaltungsvorschriften zum Berufsgeheimnis und zur Geheimhaltung (ARPSC) Beamtenengesetz der Volksrepublik China (CSL, 2018) Verordnung über die Bestrafung von Beamten von Verwaltungsbehörden (2007)	Gleichwertig
--	---------	---	--	---	---	--	---------------------

			Vorläufige Maßnahmen der nationalen Finanzaufsicht NFRA zur Verwaltung von Vertragspersonal Vorschriften zum Umgang mit Geheimhaltung für entsandtes Personal und Vertragspersonal der NFRA-Zentrale Gesetz über die Bankenaufsicht der Volksrepublik China, Artikel 43 Staatsentschädigungsgesetz der Volksrepublik China, Artikel 4		Verordnung über die Bestrafung von Beamten von Verwaltungsbehörden (2007) Zivilprozessordnung der Volksrepublik China, Artikel 67 und 68 Strafprozessordnung der Volksrepublik China, Artikel 54 Gesetz über die Verwaltung der Steuererhebung der Volksrepublik China, Artikel 6		
--	--	--	---	--	---	--	--

d. Die Tabelle betreffend die Zentralbank von Montenegro erhält folgende Fassung:

BEWERTETE BEHÖRDE	<u>UMFANG DER BEWERTUNG</u>	<u>GRUNDSATZ 1 KONZEPT DER VERTRAULICHEN INFORMATIONEN</u>	<u>GRUNDSATZ 2 BERUF LICHE GEHEIMHALTUNGS- PFLICHT</u>	<u>GRUNDSATZ 3 VERWENDUNG VERTRAULICHER INFORMATIONEN</u>	<u>GRUNDSATZ 4 BESCHRÄNKUNGEN FÜR DIE WEITERGABE VERTRAULICHER INFORMATIONEN</u>	<u>ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN SANKTIONEN BEI VERSTÖßEN GEGEN PFLICHTEN</u>	<u>Gesamtbewertung</u>

MONTENEGRO Zentralbank von Montenegro www.cbcbg.me	(1), (3)	Artikel 84 Absatz 1 des Gesetzes über die Zentralbank von Montenegro (CBML) Artikel 203 und Artikel 344 des Gesetzes über Kreditinstitute (LCI) Artikel 3 des Gesetzes über den Datenschutz (LDS) Artikel 54 des Gesetzes über Zahlungssysteme Artikel 2 des Regelwerks zur Geheimhaltung (0101-4014/14-2-2010 vom 30. Mai 2011, 0101-4014/84-3 vom 25. März 2016, 0101-	Artikel 84 Absätze 1 und 2 des Gesetzes über die Zentralbank von Montenegro Artikel 203, 204, 344, 353 und 354 des Gesetzes über Kreditinstitute (LCI)	Artikel 237, 245 und 344 des Gesetzes über Kreditinstitute (LCI)	Artikel 84 Absatz 3; Artikel 76 und 76a des Gesetzes über die Zentralbank von Montenegro (CBML) Artikel 107 des Bankengesetzes Artikel 6 und 9 des Gesetzes über den Rat für Finanzstabilität Artikel 29 Absätze 2, 3 und 35 des Einlagensicherungsgesetzes Artikel 336 und 347 des Gesetzes über Kreditinstitute (LCI) Artikel 10 und 11 des Gesetzes über die staatliche Rechnungsprüfung	Artikel 280 des Strafgesetzbuches Artikel 84 des Gesetzes über die Zentralbank von Montenegro (CBML) Artikel 26 des Regelwerks zur Geheimhaltung Artikel 126 des Gesetzes zur Bekämpfung der Geldwäsche	Gleichwertig
--	----------	--	---	--	--	--	---------------------

		8380-4/2018 vom 6. November 2018) Artikel 112 des Gesetzes zur Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (OGM 110/23, 65/24) (Gesetz zur Bekämpfung der Geldwäsche)			Artikel 134 des Gesetzes zur Bekämpfung der Geldwäsche		
--	--	--	--	--	--	--	--

e. Die folgende Tabelle wird nach der Tabelle betreffend die Zentralbank von Montenegro eingefügt:

BEWERTETE BEHÖRDE	<u>UMFANG DER BEWERTUNG</u>	<u>GRUNDSATZ 1 KONZEPT DER VERTRAULICHEN INFORMATIONEN</u>	<u>GRUNDSATZ 2 BERUF LICHE GEHEIMHALTUNGS- PFLICHT</u>	<u>GRUNDSATZ 3 VERWENDUNG VERTRAULICHER INFORMATIONEN</u>	<u>GRUNDSATZ 4 BESCHRÄNKUNGEN FÜR DIE WEITERGABE VERTRAULICHER INFORMATIONEN</u>	<u>ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN SANKTIONEN BEI VERSTÖßEN GEGEN PFLICHTEN</u>	<u>Gesamtbewertung</u>
PERU Aufsichtsbehörde für Banken, Versicherungen und	(1), (2), (3), (4)	Artikel 140 des Gesetzes Nr. 26702 – Allgemeines Gesetz über die Finanz- und Versicherungssysteme und	Artikel 6 der Vorschriften zum Schutz vertraulicher Informationen, die mit Aufsichtsbehörden und internationalen	Artikel 144, 152, 153, 182, 359, 376, 381 des Gesetzes Nr. 26702 – Allgemeines Gesetz über die Finanz- und	Artikel 97 der politischen Verfassung Perus Artikel 376 des Gesetzes Nr. 26702 – Allgemeines	Artikel 165 des Strafgesetzbuchs von Peru Artikel 1, 4 Gesetz Nr. 27588 – Gesetz zur Festlegung von	Gleichwertig

Pensionsfondsverwalter (SBS) https://www.sbs.gob.pe/		Organisationsgesetz der SBS Artikel 41 des Gesetzes über die Zentralbank, Gesetzesdekret Nr. 26123 Artikel 17 des Gesetzes über die Transparenz und den Zugang zu öffentlichen Informationen n – Gesetz Nr. 27806	Organisationen ausgetauscht werden (SBS-DIR-SBS-653-02) Artikel 17, 140, 142, 143, 143A und 376 des Gesetzes Nr. 26702 – Allgemeines Gesetz über die Finanz- und Versicherungssysteme und Organisationsgesetz der SBS	Versicherungssysteme und Organisationsgesetz der SBS Artikel 17 und 18 des Gesetzes Nr. 27806 (konsolidierte Fassung des Präsidialdekrets 021-2019-JUS)	Gesetz über die Finanz- und Versicherungssysteme und Organisationsgesetz der SBS Artikel 17 und 18 des Gesetzes Nr. 27806 – konsolidierte Fassung des Präsidialdekrets 021-2019-JUS, Gesetz über die Transparenz und den Zugang zu öffentlichen Informationen Artikel 87 des Gesetzes Nr. 27444 – konsolidierte Fassung des Präsidialdekrets 004-2019-JUS (Gesetz über allgemeine	Verboten und Unvereinbarkeiten für Beamte und öffentliche Bedienstete sowie für Personen, die im Rahmen einer vertraglichen Vereinbarung Dienstleistungen für den Staat erbringen Artikel 6 der SBS-Richtlinie SBS-DIR-SBS-653-02 (Vorschriften zum Schutz vertraulicher Informationen, die mit Aufsichtsbehörden und internationalen Organisationen ausgetauscht werden)	
--	--	---	--	--	---	--	--

					Verwaltungsverfahren) Artikel 8.4 der Vorschriften zum Schutz vertraulicher Informationen, die mit Aufsichtsbehörden und internationalen Organisationen ausgetauscht werden (SBS-DIR-SBS-653-02) Artikel 36 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 1141 über das nationale Nachrichtensystem (SINA) und die nationale Direktion für Nachrichtendienste (DINI) Artikel 87 des Gesetzes Nr. 27444 – konsolidierte		
--	--	--	--	--	---	--	--

					Fassung des Präsidialdekrets 004-2019 – JUS- Gesetz über allgemeine Verwaltungsverfahren (LPAG)		
--	--	--	--	--	---	--	--

f. Die Tabelle betreffend die Nationalbank von Serbien erhält folgende Fassung:

BEWERTETE BEHÖRDE	<u>UMFANG DER BEWERTUNG</u>	<u>GRUNDSATZ 1 KONZEPT DER VERTRAULICHEN INFORMATIONEN</u>	<u>GRUNDSATZ 2 BERUF LICHE GEHEIMHALTUNGS- PFLICHT</u>	<u>GRUNDSATZ 3 VERWENDUNG VERTRAULICHER INFORMATIONEN</u>	<u>GRUNDSATZ 4 BESCHRÄNKUNGEN FÜR DIE WEITERGABE VERTRAULICHER INFORMATIONEN</u>	<u>ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN SANKTIONEN BEI VERSTÖßEN GEGEN PFLICHTEN</u>	<u>Gesamtbewer- tung</u>
SERBIEN Nationalbank von Serbien www.nbs.rs	(1), (3)	Artikel 86a Absätze 1 und 2 des Gesetzes über die Nationalbank von Serbien (Amtsblatt der Republik Serbien, Nr. 72/2003, Nr. 55/2004, Nr. 85/2005 – sonstiges Gesetz, Nr. 44/2010, Nr. 76/2012, Nr. 106/2012, Nr. 14/2015, Nr. 40/2015 und	Artikel 86a Absätze 3 und 4 des Gesetzes über die Nationalbank von Serbien (Amtsblatt der Republik Serbien, Nr. 72/2003, Nr. 55/2004, Nr. 85/2005 – sonstiges Gesetz, Nr. 44/2010, Nr. 76/2012, Nr. 106/2012, Nr. 14/2015, Nr. 40/2015 und	Artikel 65 und 70 des Gesetzes über die Nationalbank von Serbien (Amtsblatt der Republik Serbien, Nr. 72/2003, Nr. 55/2004, Nr. 85/2005 – sonstiges Gesetz, Nr. 44/2010, Nr. 76/2012, Nr. 106/2012, Nr. 14/2015, Nr. 40/2015 und	Artikel 65 des Gesetzes über die Nationalbank von Serbien (Amtsblatt der Republik Serbien, Nr. 72/2003, Nr. 55/2004, Nr. 85/2005 – sonstiges Gesetz, Nr. 44/2010, Nr. 76/2012, Nr. 106/2012, Nr. 14/2015,	Artikel 240 des Strafgesetzbuches Artikel 98 des Gesetzes über den Datenschutz Artikel 120 und Artikel 118 Punkt 51 des Gesetzes zur Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzie	Gleichwertig

		Entscheidung des Verfassungsgerichts, Nr. 44/2018 und Nr. 19/2025)	Entscheidung des Verfassungsgerichts, Nr. 44/2018 und Nr. 19/2025)	Entscheidung des Verfassungsgerichts, Nr. 44/2018 und Nr. 19/2025)	Nr. 40/2015 und Entscheidung des Verfassungsgerichts, Nr. 44/2018 und Nr. 19/2025)	rung (Amtsblatt der Republik Serbien, Nr. 113/2017, Nr. 91/2019, Nr. 153/2020, Nr. 92/2023, Nr. 94/2024 und Nr. 19/2025)	
		Artikel 9b und Artikel 46 des Bankengesetzes (Amtsblatt der Republik Serbien, Nr. 107/2005, Nr. 91/2010 und Nr. 14/2015)	Artikel 9b, Artikel 46, Artikel 47 Absätze 1 und 2, Artikel 48 und Artikel 103 Absatz 2 des Bankengesetzes (Amtsblatt der Republik Serbien, Nr. 107/2005, Nr. 91/2010 und Nr. 14/2015)	Artikel 8, Artikel 9b, Artikel 49, Artikel 103 Absatz 2 und Artikel 112 des Bankengesetzes (Amtsblatt der Republik Serbien, Nr. 107/2005, Nr. 91/2010 und Nr. 14/2015)	Artikel 8, Artikel 9b, Artikel 47; Artikel 49 und Artikel 51b des Bankengesetzes (Amtsblatt der Republik Serbien, Nr. 107/2005, Nr. 91/2010 und Nr. 14/2015);		
		Artikel 112a des Gesetzes zur Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (Amtsblatt der Republik Serbien, Nr. 113/2017, Nr. 91/2019, Nr. 153/2020, Nr. 92/2023, Nr. 94/2024 und Nr. 19/2025)	Gesetz über die Rechnungsprüfung, Artikel 29 Absätze 1 und 2 sowie Artikel 38	Artikel 94 des Gesetzes zur Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (Amtsblatt der Republik Serbien, Nr. 113/2017, Nr. 91/2019, Nr. 153/2020, Nr. 92/2023, Nr. 94/2024 und Nr. 19/2025)	Artikel 112a des Gesetzes zur Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (Amtsblatt der Republik Serbien, Nr. 113/2017, Nr. 91/2019, Nr. 153/2020, Nr. 92/2023,		

					Nr. 94/2024 und Nr. 19/2025)		
--	--	--	--	--	---------------------------------	--	--

- g. Die folgenden Tabellen werden nach der Tabelle betreffend die amerikanische Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (American Securities and Exchange Commission) eingefügt:

BEWERTETE BEHÖRDE	UMFANG DER BEWERTUNG	GRUNDSATZ 1 <u>KONZEPT DER VERTRAULICHEN INFORMATIONEN</u>	GRUNDSATZ 2 <u>BERUF LICHE GEHEIMHALTUNGS- PFLICHT</u>	GRUNDSATZ 3 <u>VERWENDUNG VERTRAULICHER INFORMATIONEN</u>	GRUNDSATZ 4 <u>BESCHRÄNKUNGEN FÜR DIE WEITERGABE VERTRAULICHER INFORMATIONEN</u>	ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN <u>SANKTIONEN BEI VERSTÖßEN GEGEN PFLICHTEN</u>	Gesamtbewertung
VEREINIGTES KÖNIGREICH Financial Conduct Authority (FCA) https://www.fca.org.uk/	(1), (2), (3), (4)	Artikel 348 Absätze 2 und 4 des Gesetzes über Finanzdienstleistungen und -märkte (FSMA) von 2000 Artikel 89L des Bankengesetzes von 2009	Artikel 348 Absätze 1, 5, 6 und 8 des Gesetzes über Finanzdienstleistungen und -märkte (FSMA) Anhang 17A Absatz 23 des Gesetzes über Finanzdienstleistungen und -märkte (FSMA) Artikel 89L des Bankengesetzes von 2009	Artikel 349 des Gesetzes über Finanzdienstleistungen und -märkte (FSMA) Teil II, Artikel 7 der Verordnung von 2001 (Offenlegungsverordnung) zum Gesetz über Finanzdienstleistungen und -märkte (FSMA) von 2000 (Offenlegung vertraulicher Informationen) Verordnungen von 2019 über das öffentliche	Artikel 348 Absatz 1 des Gesetzes über Finanzdienstleistungen und -märkte (FSMA) Teil II und Artikel 4, Artikel 5 Absätze 5 und 6 sowie Artikel 7 der Offenlegungsverordnung Finanzaufsichtsbehörde des Vereinigten Königreichs (Financial Conduct Authority) – Handbuch für Mitarbeiter	Artikel 352 des Gesetzes über Finanzdienstleistungen und -märkte (FSMA)	Gleichwertig

				Register, die Offenlegung von Informationen und die Zusammenarbeit (Finanzdienstleistungen) (Änderung) (Austritt aus der EU)			
VEREINIGTES KÖNIGREICH Prudential Regulation Authority (Teil der Bank of England) (PRA) https://www.bankofengland.co.uk/	(1), (2), (3), (4)	Artikel 348 Absätze 2 und 4 des Gesetzes über Finanzdienstleistungen und -märkte (FSMA) von 2000 Artikel 89L des Bankengesetzes von 2009	Artikel 348 Absätze 1, 5, 6 und 8 des Gesetzes über Finanzdienstleistungen und -märkte (FSMA) Anhang 17A Absatz 23 des Gesetzes über Finanzdienstleistungen und -märkte (FSMA) Artikel 89L des Bankengesetzes von 2009	Artikel 349 des Gesetzes über Finanzdienstleistungen und -märkte (FSMA) Teil II, Artikel 7 der Verordnung von 2001 (Offenlegungsverordnung) zum Gesetz über Finanzdienstleistungen und -märkte (FSMA) von 2000 (Offenlegung vertraulicher Informationen) Verordnungen von 2019 über das öffentliche Register, die Offenlegung von Informationen und die	Artikel 348 Absatz 1 des Gesetzes über Finanzdienstleistungen und -märkte (FSMA) Teil II und Artikel 4, Artikel 5 Absätze 5 und 6 sowie Artikel 7 der Offenlegungsverordnung Verhaltenskodex der Bank of England	Artikel 352 des Gesetzes über Finanzdienstleistungen und -märkte (FSMA)	Gleichwertig

				Zusammenarbeit (Finanzdienstleistungen) (Änderung) (Austritt aus der EU)			
--	--	--	--	---	--	--	--

